

AKTUELL

KLIMASCHUTZ

Partner, oder?

Raymond Klein

Die Regierung hat die heiße Kartoffel CO₂-Reduktions-Strategie an das „Klima-Partenariat“ weitergereicht. Die Diskussionen verlaufen positiv, doch ihr Ausgang ist ungewiss.

Werden die beiden Nachhaltigkeitsminister Claude Wiseler und Marco Schank in sechs Monaten ein im Konsens ausgearbeitetes Maßnahmenpaket in Sachen CO₂-Minderung vorlegen? Und, falls ja, wird das Paket dann einerseits der weltweiten Herausforderung Klimaschutz, andererseits der besonderen Verpflichtung Luxemburgs mit seinem hohen Pro-Kopf-CO₂-Ausstoß gerecht werden? Zwecks Konsensfindung wurde im Oktober das Klima-Partenariat eingerichtet, eine Art Pentapartite mit Staat, Patronat, Gewerkschaften, Gemeinden und NGOs, das im Februar Regierung und Parlament Vorschläge unterbreiten soll. Am vergangenen Dienstag tagte das Comité de pilotage, um das Finish des Diskussionsprozesses vorzubereiten.

Im Zusammenhang damit wurde kurzfristig eine fünfte Arbeitsgruppe ins Leben gerufen, die sich mit den internationalen Aspekten der Luxemburger Klimapolitik befassen soll. Im Klartext: In welchem Grade ist es zulässig, die nationalen Klimaschutz-Verpflichtungen mittels CO₂-Zertifikaten und anderen „Flexiblen Mechanismen“ (FM) zu erfüllen? Mit der Einsetzung dieser Arbeitsgruppe reagiert die Regierung auf die scharfe Kritik der NGOs an den im Staatshaushalt vorgesehenen FM-Ausgaben. Im Oktober hatten die NGOs angedroht, das Klima-Partenariat zu verlassen, wenn es „zu einem Debatteklub reduziert wird, während die harten Fakten auf anderer Ebene und ohne Diskussion geschaffen werden“.

Das Comité de pilotage fasste sich mit grundsätzlichen Fragen die sich aus den bisherigen Diskussionen in den Arbeitsgruppen ergeben haben, und nahm zur Kenntnis, dass die Regierung ungeklärte Fragen des Nationalen Nachhaltigkeitsplans ebenfalls an das Partenariat weitergereicht hat - unter anderem das heikle Thema Ökosteuern.

„Obwohl man das Konfliktpotenzial spüren konnte, war es eine gute Sitzung“, so Camille Gira, grüner Abgeordneter und Bürgermeister von Beckerich, gegenüber der woxx. Blanche Weber, Präsidentin des Mouvement

écologique, bewertet das Gespräch ebenfalls positiv. „Auch der Diskussionsprozess in den Arbeitsgruppen wird von unseren Delegierten als sehr konstruktiv beschrieben“, fügt sie hinzu.

Marco Schank hatte angekündigt, die im Rahmen des Partenariats beschlossenen Maßnahmen würden „präzise und quantifizierbar“ sein. Weber bestätigt, dass in Bereichen, wie energetische Sanierung und Mobilität, Zahlen auf den Tisch gelegt wurden. „Wir haben die Frage aufgeworfen, ob ein Modal split von 25 zu 75 für den Klimaschutz überhaupt ausreicht.“ Sie witzelt: „Es ist ja kurz vor Weihnachten, also die Zeit der Wunschlisten ... was am Ende herauskommt, kann man nicht sagen.“

Im Vorfeld der Sitzung hatten die Grünen per Communiqué gefordert, die Regierung müsse „Farbe bekennen“ und „klare Reduktionsziele vorgeben“. Camille Gira ist auch jetzt noch skeptisch: „Wir müssen die Frage diskutieren, welcher Teil der CO₂-Reduktionen in Luxemburg geleistet werden soll und welcher im Ausland. Wenn das nicht klar ist, ergibt ein Maßnahmenkatalog keinen Sinn.“ Als Vertreter der Gemeinden habe er auch daran erinnert, dass eine Veränderung der Lebensgewohnheiten kaum von zentralen staatlichen Strukturen allein herbeigeführt werden könne.

Wie es aussieht, bleibt noch so manche heikle Frage zu klären. Die Grundidee, einen nationalen Konsens als Basis für den Klimaschutz zu etablieren, mag einem sympathisch sein. Doch geht es möglicherweise der Regierung nur darum, die Verantwortung für schwierige Entscheidungen auszulagern. Am Ende könnte sie dann ein weiteres Jahrzehnt der Untätigkeit mit dem Hinweis auf einen fehlenden politischen Konsens rechtfertigen. Natürlich wäre bei einem so vitalen Thema wie dem Klimawandel eine Einigung in zentralen Punkten, wie zum Beispiel der Erhöhung der Treibstoffpreise und dem weitgehenden Verzicht auf „Flexible Mechanismen“, wünschenswert. Doch warum sollte die Pentapartite ein Erfolg werden, wenn schon die Tripartite derzeit handlungsunfähig ist?

SHORT NEWS

Un concours étrange

L'éducation nationale a toujours besoin de nouveaux enseignants. Et si les candidats sont pléthore, tous les postes de l'enseignement secondaire ne sont pas pour autant occupés comme il se doit. C'est ce qu'il ressort d'une réponse de la ministre de l'éducation nationale, Mady Delvaux-Stehres à une question parlementaire du député CSV Mill Majerus. Ce dernier s'enquiert du nombre de postulants au métier d'enseignant et du nombre d'admis. La réponse détaillée de la ministre laisse pantois. Exemple : Pour la session 2009/10, 496 candidats s'étaient inscrits à la session. 385 ont été retenus aux épreuves de classement. Parmi eux, 101 ont abandonné avant ou pendant les épreuves, 126 ont échoué et 26 ont réussi sans pour autant s'être classé en rang utile. Finalement, 130 candidats ont été recrutés. Le problème, c'est que le ministère prévoyait d'en recruter 191. Et les postes vacants seront évidemment bouchés par des chargés d'éducation... recrutés parmi celles et ceux qui ont échoué au concours. La ministre se justifie : « Etant donné que dans ces épreuves, seule une partie des compétences et des savoirs des candidats est examinée, on ne peut pas conclure qu'un candidat qui n'a pas réussi aux épreuves du concours ne serait pas apte à enseigner ». De deux choses l'une : ou bien ce sont les candidats qui ne sont pas à la hauteur ou bien, c'est le concours.

Die Luxemburger Sprache im Angebot

„Es gibt immer wieder Fälle, wo ein Bürger keinen Sprachkurs für das Luxemburgische findet. Das ist vor allem im Herbst der Fall, wenn sich die Interessenten alle gleichzeitig anmelden wollen“, heißt es in einer gemeinsamen Antwort der Erziehungsministerin und der Familienministerin auf eine parlamentarische Anfrage. Es werden jedoch auch über das Jahr Sprachkurse angeboten, die auf der Internetseite www.lifelong-learning.lu zu finden sind. Insgesamt sei das Angebot stark erweitert worden: So hat sich die Teilnehmerzahl binnen acht Jahren von 3.034 auf 6.406 Erwachsene gar verdoppelt. Mittlerweile gibt es Luxemburger Sprachkurse an acht Gymnasien sowie 21 Gemeinden und 11 Vereinen. Aber auch das „Institut national des langues“ (INL) - zuständig für die Sprachtests, um die Luxemburger Nationalität zu erlangen - zählte 2010/2011 rund 1.036 Einschreibungen, dabei fanden 60 Prozent der Kurse in der Zeitspanne zwischen 8.00 und 17.00 Uhr statt. Neben privaten Anbietern werden Sprachkurse seit 1997 auch in der Grenzregion angeboten - wobei das Ministerium die Lehrbeauftragten zur Verfügung stellt - und die Uni hat acht online Lektionen erstellt, bei denen sich schon 19.000 Lernwillige eingeschrieben haben. In ihrer Antwort versprochen die Ministerinnen zukünftig mehr Sprachkurse mit qualifiziertem Lehrpersonal anzubieten - dies soll durch die Weiterbildung „Zertifikat Lëtzebuerger Sprooch a Kultur“ (ZLSK) garantiert sein. Das Sprachangebot soll in puncto Anforderungen stärker differenziert werden und es sollen mehr berufsspezifische Kurse stattfinden.

Drogues : ça se complique

La bonne nouvelle contenue dans le rapport sur « L'état du phénomène de la drogue au grand-duché de Luxembourg » est que la « morbidité » - les morts par surdosages - continue sa baisse. Ce qui n'est pas étonnant, vu que des institutions comme la « Fixerstuff » contribuent à éviter ces incidents. Cette baisse devrait être un encouragement à continuer dans cette voie, car un meilleur local dans la capitale et des antennes au Sud et au Nord sont plus que nécessaires. Mais sauver la vie d'opiomanes ne semble toujours pas être une priorité au Luxembourg. Sinon, les tendances constatées sur le marché parallèle des drogues illicites sont plutôt inquiétantes. D'abord, le marché apprend vite et de nouvelles substances qui ne sont pas encore tombées sous le coup de la loi trouvent très vite des consommateurs, de plus en plus jeunes d'ailleurs. Internet aussi est en passe de devenir le dealer du futur, car beaucoup de ces substances - pour certaines « non testées sur l'homme » - se vendent par correspondance. Mais aussi dans nos rues, la situation évolue vite, vu qu'un nombre croissant de consommateurs peut désormais se fournir sans avoir à traverser les frontières. En bref, tandis que le gouvernement continue à se borner au tout répressif, la réalité le dépasse déjà de loin.